Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 278 | Dresden, Dienstag den 1. Dezember 1925 | 36. Jahrg.

Ausschnitte

Allmählich bereut man auch im bürgerlichen Lager, daß man Hindenburg auf den Reichspräsidentenstuhl setzte, statt ihm den Rest seines Daseins dort genießen zu lassen, wo er war. Schneller als es die Phantasie bürgerlicher Politiker auszumalen vermag, ist das Verhängnis über den alten Herrn hereingebrochen. Er hat den Vertrag von Locarno unterzeichnen müssen. Er tat es nicht unwillig und nicht etwa, weil das Dokument nun einmal vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden muß, ob er will oder nicht, sondern er hat sich von seinen Ratgebern darüber belehren lassen, daß Locarno eine notwendige Etappe auf dem Wege zur europäischen Befriedung und zum Wiederaufbau Deutschlands ist, und so äußerte er sich denn auch in einigen unvermeidlichen Toasten für Locarno. Das alles ist ihm schlecht bekommen. Als er nach der Präsidentenwahl im Juni sein Amt antrat, mußte er durch WTB. kummarisch danken lassen für die Tausende von Glückwünschen und Huldigungen, die er erhielt. Heute gehen ihm Drohbriefe zu. Der Stoß wird von Tag zu Tag größer, und es gibt keine Macht der Erde, die den „Retter" vor der Wanzenmethode anonymer deutschnationaler Seelen retten kann. Eine nationalistische Gruppe nach der andern löst sich von der Einheitsfront der Hindenburgparteien und wettert mit Tinte und Druckerschwärze gegen den bisherigen Abgott der Militaristen. Der Alldeutsche Verband erläßt am Montag abend eine Kundgebung, in der er u. a. dem Reichspräsidenten das Recht abspricht, „über die deutsche Ehre und die deutsche Zukunft zu verfügen". Es wird ihm vorgeworfen gegen die Ehre und die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes verstoßen zu haben.

Ehe er auf den Schild der Präsidentschaftskandidatur gehoben wurde, rieten bürgerliche Blätter und einsichtsvollere bürgerliche Politiker davon ab, den alten Feldmarschall in die „politische Drecklinie" zu stellen und ihn den Angriffen seiner republikanischen und linksgerichteten Gegner auszusetzen. Nun steht er schon mitten in der Drecklinie, aber nicht die Republikaner sind es, die ihn beschimpfen: er hat bis heute wohl nicht einen republikanischen Schmähbrief erhalten. Nein, aus den Reihen seiner bisherigen Anhängerschaft, seiner eigenen Paladine und Fahnenträger fliegt der Schmutz gegen Hindenburgs Weste. Sic transit gloria mundi — so vergeht der Ruhm der Welt!

•

Uns fehlen in Deutschland zweifellos noch einige völkische Bünde. Locarno wird dem abhelfen. In der Leipziger Zeitung teilt Reichstagsabgeordneter von Graefe mit, daß als „Rückwirkung von Locarno" am Sonntag Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, des Nationalsozialen Volksbundes in Bayern (das sind die völkischen Kreise Bayerns, die die Lostrennung Hitlers von der einheitlichen völkischen Freiheitsbewegung verurteilen) und der Nationalsozialistischen Partei Württembergs in Würzburg eine „Völkischsoziale Arbeitsgemeinschaft" gegründet haben, die die Kerntruppe für eine entschlossene völkischnationale Opposition gegen „die Locarno-Politik und den Erfüllungswahn" bilden soll. Es bestände begründete Aussicht, daß andre völkische Organisationen sich an dieser Einheitsfront beteiligen würden, wovon Herr von Graefe ein neues hoffnungsvolles Stadium zur Entwicklung der völkischen Bewegung erwartet. Nun sprechen zwar die Wahlen der letzten Zeit eine andre Sprache, aber warum sollen die Führer dieser geistig minderbemittelsten Bewegung die Hoffnung aufgeben, so lange sich reaktionäre Geldgeber finden?!

•

In der kapitalistischen Presse sucht man aus dem Dolchstoßprozeß gegen die Sozialdemokratie herauszuschlagen, was irgendwie geht. Es geht zwar nach den Sachverständigenaussagen nicht so einfach und nicht so leicht, aber Papier ist ja geduldig, und nachdem zur Erzeugung der Dolchstoßlüge so manche Geschichtsfälschung verübt wurde, kommt es manchem der Blätter auf eine mehr oder weniger nicht an. Auch der Dresdner Anzeiger beteiligt sich an diesem Treiben. In seiner Sonntagausgabe brachte er einen Artikel von einem Dr. Wolfgang Krauß, der zwar zugibt, daß keine einzelne Partei für den Zusammenbruch verantwortlich sei, aber schließlich der Sozialdemokratie doch vorwirft, daß sie am Zusammenbruch mitschuldig sei, weil sie „nicht rechtzeitig den in ihren eigenen Reihen sich betätigenden Geistern der Zersetzung Halt geboten" habe. Zur Charakterisierung dieses Geschreibsels setzen wir folgende Stellen mit den Originalsperrungen her:

> Wie verteilt sich hierüber die Schuld? Man muß die Frage auf ihre einfachste Form zurückführen. Und wenn man dies tut, so zeigt es sich, daß Professor Goßmann im innersten Kern seiner erschütternden Anklage nur die Wahrheit ausgesprochen hat. Denn kein unheilvollerer Augenblick, um die Herrschaft im Staate zu erlangen, konnte von den Führern der Revolution gewählt werden, als jener Tag, an dem alles darauf ankam, die letzten Kräfte aufzubieten, um mit den Waffen in der Hand den Krieg für Deutschland, wenn auch ohne Gewinn, so doch wenigstens auch möglichst ohne Verlust zu beenden. Der Schmachfriede von Versailles fällt auf die zurück, die dem deutschen Volke die Waffe vor der Zeit aus der Hand geschlagen haben. In diesem Sinne ist der Dolchstoß keine Legende.
>
> Tage und Wochen vor dem 9. November waren die russische, die bulgarische und die österreichische Front zusammengebrochen. Diese Zusammenbrüche mußten zur Folge haben, daß serbische, tschechische und italienische Horden im November zur deutschen Südgrenze vorgestoßen wären, wenn nicht die Ludendorffsche Waffenstillstandsforderung dieser Gefahr vorgebeugt hätte. Das Ende wäre sonst gewesen: der Einzug fremder Truppen in Berlin und wahrscheinlich die Zerreißung Deutschlands. Keiner der Sachverständigen hat bis heute zu behaupten gewagt, daß es am 9. November noch möglich gewesen wäre, den Krieg für Deutschland ohne Verluste zu beenden. Selbst wenn man die Geschichtskenntnisse des Anzeiger-Mitarbeiters denkbar gering einschätzen will, muß man annehmen, daß ihm all diese Tatsachen bekannt sind. Seine Darstellung qualifiziert sich mithin als eine Geschichtsfälschung bösartigster Natur, und das Organ des Bürgermeisters Blüher öffnet solchen Fälschungen seine Spalten.

*

Mussolini wird nicht nur für Italien immer mehr zur Blamage, sondern auch für unsre schwarzweißroten Nationalisten und Faschisten. Als er vom faschistischen Mob zum Diktator ausgerufen wurde, konnten unsre Rechtsblätter ihren geheimen Jubel nicht unterdrücken. Mussolini war der „Mann der Tat", der Mann, der dem „parlamentarischen Geschwätz" ein Ende machte. Mussolini wurde das Vorbild der deutschen Nationalisten und Militaristen. Die dann folgenden Gewalttaten der italienischen Regierung gegen Freimaurer, Katholiken, Demokraten und Sozialisten wurden von der Presse des Hugenbergkonzerns geradezu begrüßt. Mit einem Male ist ein etwas blechterner Ton in diese Trompete gekommen. Nicht etwa, weil auch in den Blättern, die bisher Mussolini neutral gegenüberstanden, immer deutlicher behauptet wird, daß der Duce ein Peroxidtiker ist, nicht etwa, weil er in Italien wie der Elefant im Porzellanladen umhergeht und über die Grenzen hinweg mit seinen zwei Millionen Soldaten gedroht hat, sondern weil er auch eine scharfe Kehrtwendung vornahm gegen das Deutschtum. Er hat sich mit Drohungen gegen den deutsch-österreichischen Anschlußgedanken gewandt. Die deutschtiroler Bevölkerung der an Italien abgetretenen Gebiete wird von Schwarzhemden terrorisiert, der Muttersprache beraubt, um alle Menschenrechte gebracht. Und dieser Terrorismus erstreckt sich über die nordostitalienische Grenze bis in österreichisches Gebiet herein. Mit einem Male wetzert ein Teil jener Presse gegen Mussolini, die ihn bisher als den größten Mann lobhudelten. Sie werfen ihm politische Heuchelei und Unwahrhaftigkeit vor, wenn er den heiligen Franz von Assisi feiert. Ach nein, die Unwahrhaftigkeit ist viel mehr bei dieser Presse als bei Mussolini. Er hat aus seiner Brutalität und Menschenfeindlichkeit kein Hehl gemacht, und bei einigermaßen ruhigem Nachdenken mußten sich selbst die Klopffechter der deutschen Reaktion von vornherein sagen, daß ein solcher terroristischer Nationalismus zu einer Bedrohung fremder Nationen und zu einer unerträglichen Diktatur gegen nichtitalienische Minderheiten erwarten muß! Aber schließlich — was wäre alles nicht, wenn diese Sorte Federfuchser auch nur gelegentlich ernsthafter nachdächte.

Die Unterzeichnung in London

S. **London**, 1. Dezember. (Eig. Fernspruch.) Der Sonderzug, der die deutsche und in einem getrennten Wagen die belgische Delegation nach London brachte, traf in der Viktoria-Station mit einstündiger Verspätung ein. Am Bahnhof hatten sich Außenminister Chamberlain mit verschiedenen hohen Beamten des Auswärtigen Amtes, der deutsche Botschafter mit den Herren der deutschen Botschaft und der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, eingefunden. Chamberlain begrüßte zunächst die deutsche Delegation, insbesondere Dr. Luther und Dr. Stresemann. Hierauf erfolgte die Begrüßung Vandervelades und seines Kabinettschefs Rossin. Auf dem Bahnsteig entspann sich eine längere Unterhaltung der verschiedenen Staatsmänner. Hinter der Sperre hatte sich eine größere Menschenmenge eingefunden, trotzdem der Zeitpunkt der Ankunft nicht öffentlich bekanntgegeben worden war. Dr. Luther und Dr. Stresemann fuhren sodann in einem mit schwarzrotgoldenen Fähnchen geschmückten Automobil nach dem Hotel Ritz, wo die deutsche Delegation ebenso wie seinerzeit bei der Londoner Konferenz von der britischen Regierung als Gastgeber Quartier angewiesen erhalten hat. Die englische Oeffentlichkeit sieht mit größter Spannung den Unterzeichnungsfeierlichkeiten entgegen. Die allgemeine Stimmung in London ist am Vorabend der Unterzeichnung des Locarnovertrages zum ersten Male deutschfreundlich zu nennen.

Ueber die Einzelheiten bei der Unterzeichnung steht nunmehr folgendes fest: Vor Beginn erfolgt im Auswärtigen Amt Prüfung der Mandate der Delegierten. Die Sitzordnung bei der Unterzeichnung ist dieselbe wie in Locarno. Der Beginn des feierlichen Aktes ist auf 11 Uhr festgesetzt. Nach Erfüllung der Formalitäten beim Zusammentritt wird der juristische Berater des englischen Auswärtigen Amtes die Gültigkeit der Mandate der Delegierten verkünden sowie die in der Zwischenzeit erfolgten Textabänderungen des Wortlautes des Vertrages verlesen, worauf auf Aufforderung durch Chamberlain der eigentliche Akt der Unterzeichnung erfolgt. Chamberlain wird bei dieser Gelegenheit der deutschen Delegation eine mit den Unterschriften versehene Kopie der Kollektivnote über den § 16 des Völkerbundstatuts überreichen. Nach der Unterzeichnung werden voraussichtlich die Führer der Delegationen, jedenfalls aber der britische Ministerpräsident, das Wort ergreifen. Es heißt, daß Chamberlain beim Empfang durch den König im Buckingham-Palast eine besondere Auszeichnung erhalten werde.

•

S. **London**, 1. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der englische König ernannte den Außenminister Chamberlain wegen seiner Verdienste für die Wiederherstellung des Weltfriedens zum Ritter des Hosenbandordens. Der Orden gilt als der höchste in England und wird gewöhnlich nur an Fürstlichkeiten verliehen. Ob Chamberlain an solchen Kinkerlitzchen viel Spaß hat, ist zu bezweifeln. Er hat erst kürzlich die „Erhebung in den Adelstand" abgelehnt.

Die preußischen Wahlen

Reaktionäre Niederlage — Gute Behauptung der Sozialdemokratie

Der charakteristische Zug der Provinzial-Landtags- und Kreistagswahlen in Preußen ist die allgemein erwartete geringe Wahlbeteiligung. Je nach den örtlichen Verhältnissen hat sie außerordentlich geschwankt, in ganzen Landstrichen ist sie kaum über 25 bis 30 Prozent hinausgegangen, an andern Orten hat sie im Höchstfalle 50 bis 60 Prozent betragen. Bei der Natur dieser Wahlen gehen die Gesamtergebnisse spärlicher ein und infolgedessen ist ein endgültig abschließendes Urteil noch nicht möglich. Man wird sich auch hüten müssen, sich an die Gesamtabstimmung zu halten und wird vielmehr da, wo eine stärkere Wahlbeteiligung die Fehlerquelle des Zufalls etwas mehr ausscheidet, die kritische Sonde anlegen müssen.

Im Durchschnitt zeigt sich eine Entwicklung, die der Tendenz bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen nicht unähnlich ist. Unter der allgemeinen Wahlmüdigkeit haben sämtliche Parteien im Vergleich zu den preußischen Landtagswahlen erhebliche Stimmverluste erlitten. Sie sind weitaus am stärksten bei den Rechtsparteien, bei den Deutschnationalen und der Volkspartei, die zusammen mit einer Reihe andrer bürgerlicher Splitterorganisationen (Völkische, Wirtschaftspartei usw.) fast überall gemeinsam einen Rechtsblock bildeten. Die in einem Teil der bürgerlichen Presse gegebene Darstellung, daß die Sozialdemokraten auf Kosten der Kommunisten verloren hätten, läßt sich bei einer genauen Durchprüfung der bisher vorliegenden Teilresultate in keiner Weise aufrechterhalten. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie ist diejenige Partei, die bei dem allein zulässigen Vergleich mit den Wahlen vom 7. Dezember wahrscheinlich am besten abgeschnitten hat. Nirgends ist es den Kommunisten gelungen, das prozentuale Verhältnis der Stimmabgabe zu ihren Gunsten zu verschieben.

Von politischer Bedeutung ist das Wahlergebnis insofern, als es wiederum eine eindeutige Absage der preußischen Wählerschaft an die Ambitionen der Deutschnationalen auf die Regierungsbeteiligung in Preußen bedeutet. Die mehrfachen Versuche der mit den Kommunisten zusammengehenden Rechtsparteien auf Sturz der preußischen Regierung sind schließlich daran gescheitert, daß die Kommunisten ihre allzu wildige Gefolgschaft den Deutschnationalen aufkündigen mußten, weil die Fortführung dieser Politik für sie eine parteipolitische Katastrophe bedeutet hätte. Wenn es ihnen bei den jetzigen Wahlen gelungen ist, ihre relative Stärke zu halten, so ist das nicht zum wenigsten auf die Rechtswendung in ihrer Taktik zurückzuführen. Darüber hinaus aber zeigen die jetzigen Wahlen eine deutliche Schwenkung der Kerntruppen der Reaktion, die nach dem vorliegenden Wahlergebnis nicht mehr darauf rechnen kann, in gleicher Stärke in den Preußischen Landtag wieder einzuziehen, wenn ihre Obstruktionstaktik die Regierung zur Auflösung des Landtages zwingen würde. Das ist, von allen Einzelheiten abgesehen, das wichtigste politische Ergebnis der Wahl am Sonntag.

Außerdem zeigen die starken lokalen Verschiedenheiten sowohl der Wahlbeteiligung als auch des Wahlausfalls deutlich, welch entscheidende Rolle bei allen Wahlkämpfen der Stärke und Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Parteiorganisation zukommt. Der Vergleich einzelner Wahlergebnisse ist in dieser Beziehung außerordentlich lehrreich. Er kann und wird dazu führen, daß die Parteiorganisationen im Lande die Gelegenheit benutzen müssen, eine ernsthafte Nachprüfung ihrer Leistungsfähigkeit vorzunehmen. Niemand ist heute in der Lage, zu sagen, welchen Lauf die politische Entwicklung im Reiche nehmen wird. Der Versuch der Rechtsparteien, auch nach dem Bankrott der Rechtsregierung auf die Entscheidungen der neu zu bildenden Reichsregierung gewissermaßen hintenherum doch wieder Einfluß zu gewinnen und diesen Einfluß namentlich auf wirtschaftspolitischem und finanziellem Gebiet zu betätigen, muß zu schweren Auseinandersetzungen über den innerpolitischen Kurs des Reiches führen. Alles hängt für die Zukunft davon ab, ob es uns gelingt, die unsern Organisationen innewohnende Kraft in verstärktem Maße auch bei Wahlergebnissen zum Ausdruck zu bringen.

•

Zusammensetzung der Provinziallandtage

Die Ergebnisse der Wahl zu den preußischen Provinziallandtagen — soweit sie bis jetzt nahezu vollständig vorliegen — sind folgende:

Provinz Ostpreußen:

SPD. 161 122 (397 311), Preußenblock Dnat. und D. Vp.) 256 944 (479 485), Zentrum 42 968 (79 847), Dem. 23 238 (40 241), Komm. 58 912 (80 821), Aufwert.-P. 12 540, Wirtsch.-P. und Bauernbund 26 687, Völk. 26 643, Polen 25 708.

Die Sitze verteilen sich wie folgt: Soz. 23 (20), Preußenblock 40 (39), Zentr. 6 (8), Dem. 4 (6), Komm. 6 (6), Wirtsch.-P. 4 (0), Völk. 4 (0), Polen 0 (1).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251201/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG